

## **Grußwort von Norbert Glante MdEP Veranstaltung der AGFW, 17. Mai 2006 in München**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung nach München bedanke ich mich sehr herzlich. Es ist nicht das erste Mal, dass ich bei einer Veranstaltung der AGFW sprechen darf. Die Tatsache, dass Sie mich immer wieder einladen, werte ich als Beweis dafür, dass Sie genauso wie ich die Bedeutung Europas in der Energiepolitik erkannt haben. Ich kann Ihnen versichern, dass Sie damit vielen nationalen Energiepolitikern einen Schritt voraus sind!

Und ich kann Ihnen noch etwas versichern: Energiepolitik ist zurzeit in Brüssel eines der spannendsten und meist diskutierten Themen überhaupt. Auslöser der Debatte war natürlich der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine zu Beginn des Jahres, der den Europäern die große Abhängigkeit Europas von fossilen Rohstoffen und damit von bestimmten Regionen in der Welt vor Augen führte.

Auch das Thema Energiebinnenmarkt bleibt in diesem Jahr weiter spannend. Nach den Sektorenuntersuchungen wird die Kommission gegen Ende dieses Jahres entscheiden, ob es im kommenden Jahr weitere legislative Maßnahmen geben soll, um den Binnenmarkt voll funktionsfähig zu machen.

Umweltkatastrophen wie die Wirbelstürme in den USA im vergangenen Herbst oder massive Überschwemmungen, wie wir sie in diesem Frühjahr auch wieder in Deutschland erlebt haben, sind Zeichen des Klimawandels, der sich nicht mehr länger leugnen lässt.

Das Bewusstsein für diese Probleme wurde zu Beginn des Jahres neu belebt. So stehen die drei Ziele Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit wieder ganz oben auf der politischen Agenda.

Aber sie werden nach meiner Einschätzung inzwischen etwas anders diskutiert als in der Vergangenheit. Den Grund dafür sehe ich in der Erkenntnis, dass die Probleme

zwar jedes einzelne Land betreffen, aber dass eine Lösung für die Probleme nur gemeinsam auf europäischer Ebene gefunden werden kann.

Von dieser Erkenntnis hin zu einer Europäischen Energiepolitik ist es aber noch ein weiter Weg, und wir stehen erst am Anfang der Diskussion! Angeregt durch das von der Europäischen Kommission Anfang März vorgelegte Grünbuch: "Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie" haben die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Frühjahrsgipfel zum ersten Mal über eine Europäische Energiepolitik debattiert. Verständigen konnte sie sich jedoch nur darauf, dass man in Zukunft koordinierter zusammenarbeiten und sich besser abstimmen will. Mehr Kompetenzen nach Brüssel abgeben wollen sie allerdings nicht, jedenfalls vorerst. Trotzdem war diese Verständigung ein erster wichtiger Schritt, und ich wage die Voraussage, dass die Debatte damit noch nicht beendet ist.

Ich möchte Ihnen gern erläutern warum.

Die Herausforderungen, vor denen wir in Europa energiepolitisch stehen, sind enorm. Das wissen Sie besser als ich. Der Energiebinnenmarkt wird langsam Realität, auch wenn er noch nicht vollendet ist, und er verändert nachhaltig die Struktur der europäischen und damit auch der deutschen Energiewirtschaft. Das Entstehen europäischer Champions ist auf der einen Seite wettbewerbspolitisch gewünscht. Auf der anderen Seite haben wir jüngst in Frankreich und Spanien erlebt, dass protektionistische Tendenzen noch immer vorhanden sind. Solange es keine gemeinsame europäische Energiestrategie gibt, wird sich daran auch nichts ändern. Es ist fraglich, ob die Kommission, einzig gestützt auf die Rechtsgrundlage des Artikel 95 EG-Vertrag (Binnenmarktartikel), solche nationalen Eingriffe in den Wettbewerb tatsächlich verhindern kann. Bislang gibt es nämlich keine Rechtsgrundlage, die der EU energiepolitische Kompetenzen zuweist. Erst mit dem Europäischen Verfassungsvertrag hätte sich dies durch das so genannte Energiekapitel geändert. Aber die Verzögerung des Ratifizierungsprozesses lässt diese Chance erst einmal in die Ferne rücken.

Mit dem Problem der Nachhaltigkeit ist es ähnlich. Der Klimawandel macht an keiner Grenze halt. Unsere Umweltprobleme sind nicht national sondern europäisch

beziehungsweise global. Ich persönlich bin fest davon überzeugt, dass wir das Problem nur gemeinsam lösen können und dass wir einen stärkeren Willen dazu brauchen, als wir ihn bislang an den Tag legen.

Nun unternehmen einige Länder der Europäischen Union bereits große Anstrengungen, um ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll zu erreichen. Deutschland geht hier als positives Beispiel voran. Andere Länder wiederum tun dies nicht in ausreichendem Maße, obwohl es eine gesamte europäische Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgase gibt. Der Artikel 175 EG-Vertrag (Umweltartikel) macht es der Gemeinschaft möglich, zur Umsetzung umweltpolitischer Ziele tätig zu werden. Darauf basieren auch etliche energiepolitische EU-Richtlinien wie zum Beispiel die KWK-Richtlinie, die Richtlinie über Erneuerbare Energien oder die Richtlinie zur Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, um nur einige zu nennen. Darin werden immer wieder Ziele für die EU als Ganzes oder auch für die einzelnen Mitgliedstaaten festgesetzt, um der klimapolitischen Herausforderung gerecht zu werden. Eine Handhabe bei der Umsetzung der zumeist unverbindlichen Ziele hat die EU allerdings ohne eine energiepolitische Kompetenz nicht. Das kann man je nach Standpunkt natürlich besser oder schlechter finden. Ich weiß, dass es auch in der deutschen Energiewirtschaft durchaus die Ansicht gibt, dass Brüssel besser keine solche Kompetenz haben sollte, weil nur noch mehr Regelungen und Verpflichtungen befürchtet werden. Tatsächlich müssen Sie sich aber fragen, ob nationale Regelungen, die in einem Land weiter und im Nachbarland weniger weit gehen, besser sind oder ob eine solche Situation in einem Binnenmarkt nicht den Wettbewerb verzerrt.

Ich glaube auch, dass das Bewusstsein der Menschen über die Bedeutung des Klimawandels größer wäre, wenn wir dem Problem tatsächlich europäisch und nicht überwiegend national begegnen würden. Menschen sind um so eher bereit, an Lösungen mitzuarbeiten, wenn die Aussicht auf Erfolg besteht. Dies ist im europäischen Rahmen deutlich größer als auf nationaler Ebene.

Um unsere klimapolitischen Ziele zu erreichen, werden wir neben allen Effizienz- und Energieeinsparprogrammen auch noch in einem weiteren Bereich zusammenarbeiten müssen, nämlich der Energieforschung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, den ich ausdrücklich befürworte, stellt die Stromnetze vor neue Herausforderungen. Neue Technologien, die den Einsatz erneuerbarer Energien vergrößern, sind eine Voraussetzung dafür, dass wir ihren Anteil an der Energieversorgung deutlich

erhöhen. Europa ist derzeit Marktführer im Bereich der Windenergietechnologie. Wenn wir wollen, dass das so bleibt, und wir unsere Spitzenposition ausbauen wollen, dann können wir das nur gemeinsam schaffen, denn Forschung und Entwicklung sind kostenintensiv und Wettbewerber wie Japan und die USA haben sich auf den Weg gemacht, Europa diesen Platz streitig zu machen. Gleiches gilt für die konventionellen Energieformen. Die Kohle zum Beispiel ist unser einziger heimischer Rohstoff, der längerfristig zur Verfügung steht. Aber aus umweltpolitischer Sicht ist ihr Einsatz nur dann weiter vertretbar, wenn wir Technologien entwickeln, die die Kohle sauberer machen. Die Abspaltung und Speicherung des CO<sub>2</sub> und die CO<sub>2</sub>-freie Kraftwerkstechnik befinden sich in der Entwicklung und müssen in den kommenden Jahren schnellstmöglich auf den Markt gebracht werden. Europa kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU spielt die Energieforschung daher eine bedeutende Rolle.

Das dritte energiepolitische Ziel, das in den vergangenen Wochen die Schlagzeilen bestimmt hat, ist die Versorgungssicherheit. Ich erwähnte dies bereits zu Beginn. Weltweit wächst die Nachfrage nach jeglicher Form von Energie. Bis 2030 wird ein Anstieg des globalen Energieverbrauchs um 60 Prozent vermutet. Bis 2050 soll sich der Energieverbrauch sogar verdoppeln, was angesichts des enormen Nachholbedarfs der Schwellen- und Entwicklungsländer nicht nur keine Überraschung, sondern eine realistische Annahme ist. Auch in Europa selbst wird der Energieverbrauch vermutlich steigen und bei immer knapper werdenden Ressourcen wird sich die Abhängigkeit Europas bei Öl auf 90 Prozent und bei Gas auf 80 Prozent im Jahr 2030 erhöhen. Europa steht damit nicht nur vor einem Versorgungsproblem, sondern auch vor einer Abhängigkeit von volatilen Öl- und Gaspreisen, deren Risiken für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze häufig unterschätzt werden.

Der Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland hat den Europäern zwei Dinge ins Bewusstsein gerufen, die eigentlich nicht neu sind. Erstens, dass die fossilen Brennstoffe immer knapper werden und zweitens, dass die Quellen, von denen wir unsere Rohstoffe in zunehmendem Maße erhalten, überwiegend politisch instabile Regionen sind. Angesichts dieser Tatsachen stellt sich auch hier wiederum die Frage nach Lösungen. Insbesondere danach, ob es in einem Energiebinnenmarkt für

einzelne Länder möglich ist, diese allein zu finden. Ich glaube, dass dies in effizienter Weise nur gemeinsam möglich ist.

Es gibt drei Lösungsansätze, die wir derzeit diskutieren: den intelligenten Umgang mit Energie, die Diversifizierung der Ressourcen und die Diversifizierung der Bezugsquellen.

Energiesparen und ein effizienter Energieeinsatz sind möglich, auch ohne Abstriche an Wachstum und Wohlstand. Bereits heute haben wir die Möglichkeit - ohne Einbuße an Lebensqualität - mit existierenden Technologien auf der Nachfrageseite bis zu 30 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen. Es gibt dazu auch eine Reihe von Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene, die ich hier nicht alle aufzählen muss, weil sie Ihnen sicher bekannt sind. Aber wir müssen diese Möglichkeiten natürlich nutzen und das tun wir derzeit nicht in ausreichendem Maße.

Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen, das Ihnen wie mir am Herzen liegt, die Kraft-Wärme-Kopplung. Mit der Richtlinie über die Kraft-Wärme-Kopplung haben wir 2003 den Grundstein dafür gelegt, dass die KWK auf europäischer Ebene Einzug in die Energiepolitik gehalten hat. Wir haben darin das Ziel formuliert, die KWK zu fördern und ihren Anteil an der Bruttostromerzeugung zu erhöhen, um effizienter mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen. Dies war ein erster, kleiner Schritt und ich bin fest davon überzeugt, dass aufbauend darauf die KWK in Zukunft neben anderen Energieeffizienzmaßnahmen eine bedeutende Rolle auf dem Energie- und dem Wärme- und Kältemarkt spielen wird und spielen muss, national und europäisch.

Wenn Europa seine Abhängigkeit von Öl und Gas reduzieren will, müssen wir unsere Ressourcen diversifizieren. Dazu brauchen wir einen ausgewogenen Energiemix in Europa. Der Ausbau der erneuerbaren Energien steht dabei in den kommenden Jahren ganz oben auf der Tagesordnung, denn sie leisten einen doppelten Beitrag zur Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Aber bei allem Optimismus hinsichtlich der erreichbaren Zielgrößen für die erneuerbaren Energien werden wir bei steigender Nachfrage nach Energie und sinkender Verfügbarkeit von Öl und Gas auf keine derzeit verfügbare Energiequelle verzichten können. Und wir werden unsere Forschungsanstrengungen im Bereich Wasserstoff und Kernfusion (ITER) verstärken müssen, um zukunftsfähige Energien verfügbar zu machen. Die Diskussion darüber

wird gerade in Deutschland oft mit ideologischen Vorzeichen geführt, insbesondere, wenn es um die Kernkraft geht. Deutschland hat den Ausstieg beschlossen, das kann man gut oder schlecht finden. Diejenigen unter Ihnen, die mich kennen, wissen, wie ich persönlich trotz meiner sozialdemokratischen Herkunft dazu stehe. Wenn wir aber über einen europäischen Energiemix reden, dann können wir nicht so tun, als würde die Kernkraft in Europa keine Rolle spielen. Derzeit produzieren die Europäer 30 Prozent ihrer Energie aus Kernkraft, Finnland baut gerade ein neues Kernkraftwerk, in einigen neuen Mitgliedstaaten und in Großbritannien wird ebenfalls über den Neubau nachgedacht. Ich will damit nicht sagen, dass der Energiemix eines Landes von Brüssel bestimmt werden sollte. Natürlich muss es auch in Zukunft eine Entscheidung der Mitgliedstaaten bleiben, welche Energien im nationalen Energiemix produziert werden. Entscheidet aber ein Mitgliedstaat, auf eine Energiequelle zu verzichten, so bedeutet dies, dass er stärker von anderen Energieträgern abhängig ist. Im bestehenden Energiebinnenmarkt wirken sich solche Entscheidungen dann auch auf die Versorgungssicherheit der gesamten EU aus. Nur ein kohärentes gemeinsames Energiekonzept, das die nationalen Entscheidungen integriert, kann dafür sorgen, dass Versorgungssicherheit, Wettbewerb und Klimaschutz in Europa auch in Zukunft gewährleistet bleiben.

Ich möchte zu einem letzten Punkt hinsichtlich der Versorgungssicherheit kommen: der Energieaußenpolitik. Dabei gibt es zwei Aspekte, die in der Zukunft eine Rolle spielen werden.

Einerseits geht es um die Bezugsquellen unserer Ressourcen, die sich zu großen Teilen in "unsicheren Regionen" der Welt befinden. Energiepartnerschaften mit Erzeuger- und Transitländern sowie anderen internationalen Akteuren sind daher unerlässlich. Die Idee einer europaweiten Energiegemeinschaft - über die Grenzen der Europäischen Union hinaus - ist in Teilen bereits realisiert (z.B. Südosteuropäische Energiegemeinschaft) und muss in Zukunft weiter ausgebaut werden. Vor allem aber muss ein Instrument geschaffen werden, um auf externe Krisensituationen wirksam reagieren zu können. Der Gasstreit zu Beginn des Jahres hat gezeigt, dass weder die EU noch einzelne Mitgliedstaaten über ein solches Mittel verfügen. Das muss sich ändern, wenn wir Versorgungssicherheit gewährleisten wollen.

Andererseits geht es auch darum, dass wir den Ländern, die erst am Beginn ihrer Industrialisierung stehen und die einen berechtigten Anspruch auf dazu notwendige

Ressourcen haben, helfen müssen, damit sie ihre Entwicklung so weit wie möglich mit sauberen Technologien und nachhaltigen Rohstoffen bestreiten. Diese Art der Entwicklungspolitik steht nicht zuletzt im ureigensten Interesse der Europäer. Die Konkurrenz um fossile Rohstoffe wird angesichts der schieren Größe von Ländern wie China und Indien und ihres extremen Energiehungers enorm zunehmen und zu erheblichen Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten führen. Eine Klimakatastrophe wie sie droht, wenn diese Länder mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie zum Beispiel die Europäer, Amerikaner und Japaner fossile Ressourcen verbrauchen und die Umwelt schädigen, wird nur zu verhindern sein, wenn wir diesen Ländern realistische Alternativen bieten.

Die Herausforderungen, vor denen Europa im Energiebereich steht, fordern eine kohärente Außenpolitik, die Europa in die Lage versetzt, zusammen mit Energiepartnern eine wirksame internationale Rolle bei der Behandlung gemeinsamer Probleme zu spielen. Dabei dürfen wir uns nicht in nationalen Egoismen verlieren.

Meine Damen und Herren,

ich glaube, wir sind an einem Punkt angekommen, wo wir nicht mehr mit "business-as-usual" weiter machen können. Der Gasstreit zu Beginn des Jahres war nach den Naturkatastrophen der vergangenen Jahre ein weiterer Warnschuss, den wir nicht überhören dürfen. Wenn die Länder der Europäischen Union ihr Zieldreieck Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit umsetzen wollen, dann wird dies meiner Ansicht nach nur gemeinsam gelingen. Brüssel ist daher nicht das Problem, sondern die Antwort - heute und in Zukunft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!